



Pressemitteilung vom 06. März 2018

Die FRAKTION fordert Sozialklausel für Beiträge zum Straßenausbau

Irgendwo wird immer gebaut, und bauen kostet Geld, so viel steht fest. Das gilt auch für die Straßen Hannovers. Bei Aus- und Umbau, Verbesserung oder Erneuerung von Gemeindestraßen können die Kommunen in Niedersachsen zur Deckung der Baukosten Beiträge von den Eigentümern anliegender Grundstücke erheben. So werden meist zwischen 60 bis 90% der tatsächlichen Baukosten auf die Anwohner umverteilt.

Hannover –Erneut wird das umstrittene Thema jetzt wieder Gegenstand der Diskussion im Rat: die finanzielle Beteiligung der Bürger bei der Sanierung von Straßen. „Generell ist es nicht verkehrt, die Besitzer anliegender Grundstücke zumindest teilweise an den Kosten zu beteiligen“, meint der baupolitische Sprecher der Fraktion Die FRAKTION, Oliver Förste. „Schließlich profitieren sie auch von den Vorteilen einer Straßensanierung: Der Grundstückswert steigt und meist verbessert sich auch die Zufahrt zum Grundstück.“

Allerdings gibt es auch Hausbesitzer, die sich die oft hohen vierstelligen Beiträge schlichtweg nicht leisten können. Um unsoziale Härten abzufedern, schlägt Die FRAKTION deshalb die Einführung einer Sozialklausel bei der Entrichtung von Straßenausbaubeiträgen vor. „Es darf nicht sein, dass eine ältere Dame mit niedriger Rente wegen der Sanierung einer Straße ihr kleines Häuschen verliert“, betont Oliver Förste. Ohne ausreichendes Einkommen und Vermögen drohe im Zweifelsfall nämlich der Verkauf des Hauses oder sogar eine Zwangsversteigerung.